

Milliarden weg

Die Union will mit der hohen Staatsverschuldung auf Stimmenfang gehen. Doch die Bonner Pump-Politik beunruhigt die Wähler offenbar nicht.

Sorgenfalten furchten die Stirn des Finanzministers. „Im Hinblick auf das Reizwort Staatsverschuldung“, klagte Hans Matthöfer Anfang Juli, seien in der Bevölkerung „tiefsitzende Ängste und Vorurteile geweckt worden“.

Der Sozialdemokrat wußte auch, wer da in „skrupelloser Weise“ am Werke ist: die „Opposition“, natürlich, „und eine bestimmte Presse“.

Richtig an Matthöfers Worten ist zumindest, daß die Christenunion wie schon 1976 den mühseligen Versuch

Springers Blätter lieferten erwartungsgemäß die schrille Begleitmusik zur Unionskampagne. „Milliarden weg: So werden wir gemolken“, „Gerüchte über Währungsreform: Ist unser Geld in Gefahr?“ und „Jede Stunde fünf Millionen Mark Schulden“ — so Überschriften in „Welt am Sonntag“ und „Bild am Sonntag“ aus den letzten Wochen.

Doch all dies konnte bislang die Bundesbürger nicht in Angst und Schrecken versetzen. Die Staatsverschuldung will einfach nicht zum zündenden Wahlkampf-Schlag der Union werden — obwohl kaum zu bestreiten ist, daß sich die Sozialliberalen mit ihrer Pump-Politik ziemlich verfahren haben.

Schließlich muß der Bund im laufenden Haushaltsjahr bereits acht Prozent seiner Steuereinnahmen für das Zahlen der Zinsen verwenden. Selbst der sozialdemokratische Bundesbankpräsi-

- ▷ billigen 57 Prozent die Bonner Pump-Politik, „weil sie wirtschaftliche Krisen und Arbeitslosigkeit verhindert“;
▷ glauben 56 Prozent, daß die weltpolitische Situation Mehrausgaben auf Kredit notwendig macht;
▷ meinen 57 Prozent, zukünftigen Generationen müsse die Abzahlung der Schulden zugemutet werden, weil sie ja schließlich auch von den Investitionen profitieren würden.

Daß ihr Staat bald pleite geht, fürchtet die Wählermehrheit offenbar nicht. 64 Prozent der Befragten stimmten der Ansicht zu: „Der Staat hat große Vermögenswerte angesammelt. Wer Staatsanleihen kauft, erwirbt Wertpapiere, die durch diese Vermögenswerte abgesichert sind.“ Selbst 58 Prozent der Unionswähler bauen auf die Sicherheit ihrer Bundesschätzchen und Bundesobligationen.

Die Infratester fanden allerdings auch heraus, daß eine Mehrheit der Bundesbürger nichts davon hält, wenn der Staat auch weiterhin immer neue Schulden auftürmt. 54 Prozent der Befragten votierten für einen schnellen Abbau der Staatskredite — und zwar auch dann, wenn das Sozialleistungen kosten sollte.

BILD am SONNTAG schlüsselt auf, welche Staaten kassieren, und was Bonn verschonkt. Milliarden weg: So werden wir gemolken

Das neue Geld ist schon gedruckt — aber die Spargroschen der Bürger sind sicher wie eh und je! — beruhigt Sparkassen-Präsident Geiger

Neue aktuelle Serie: Staatsschulden'80

Gerüchte über Währungsreform: Ist unser Geld in Gefahr?

Das neue Geld ist schon gedruckt — aber die Spargroschen der Bürger sind sicher wie eh und je! — beruhigt Sparkassen-Präsident Geiger



Springer-Schlagzeilen: Grobe Worte und dramatische Vergleiche

unternimmt, das wenig griffige Thema der staatlichen Verschuldung zum Wahlthema aufzuputzen. Ob der öffentliche Schuldenstand, der den Wahlbürger persönlich nicht betrifft, die Gemüter zu bewegen vermag, scheint höchst zweifelhaft.

Die Unionspropagandisten spüren das wohl und mühen sich verzweifelt, die Bürger durch grobe Worte und dramatische Vergleiche aufzuwecken.

Der sonst eher vornehme Kieler Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg etwa, Wortführer in der Schuldenkampagne, testiert Matthöfer eine „maßlose Ausgaben- und Verschuldungspolitik“.

Und Philipp Jenninger, Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion, ermittelte mit spitzem Stift, der Schuldenberg des Bundes von insgesamt 225 Milliarden Mark entspreche „in hintereinander gelegten Hundertmarkscheinen einer Strecke von 360 000 Kilometern oder neunmal rund um die Erde“.

dent Karl Otto Pöhl hielt seinen Parteifreunden vor, sie hätten in den letzten zwei Boomjahren versäumt, die Kreditverpflichtungen zu mindern.

Wie wenig das alles verfängt, das ermittelten jetzt die Münchner Meinungsforscher von Infratest. Im Auftrag des Bundespresseamts reicherten sie ihr „Politbarometer“, in dem sie der Bundesregierung regelmäßig über die Ansichten der Wähler berichten, um „Meinungen zur Staatsverschuldung“ an.

Sollte Infratest in der Juni-Umfrage bei 1790 Bundesbürgern die Wahrheit herausgefunden haben, braucht der Finanzminister in den nächsten Wochen nicht zu fürchten, die Union könnte die Verschuldung noch zum Oppositions-Hit machen.

Die von Matthöfer mit monotoner Regelmäßigkeit vorgetragenen Begründungen der hohen Staatsverschuldung leuchten den meisten Befragten offenbar ein. Immerhin

BEAMTE

Am leeren Schreibtisch

Egon Franke schickte seinen Berliner Spitzenbeamten und Parteifreund Hermann Kreutzer in Urlaub.

Der Ministerialdirektor fühlte sich von seinem Chef verfolgt — und suchte Schutz bei guten Freunden. Aus „Welt“ und „FAZ“ erfuhr Egon Franke am Donnerstag letzter Woche, was er seinem Untergebenen, dem Leiter der Berliner Verbindungsstelle des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen, Hermann Kreutzer, angetan habe.

Der Minister, so klagte SPD-Mann Kreutzer über SPD-Mann Franke, wolle sein Grundrecht auf freie Meinungsäußerung behindern und habe ihm untersagt, sich „in der Öffentlichkeit über Begebenheiten und Ereignisse aus meiner politischen Haftzeit in der Sowjetischen Besatzungszone zu äußern, weil dadurch die Gestaltung der innerdeutschen Beziehungen beeinflußt werden könnte“.

Schriftlich erbat sich der rechte Sozialdemokrat, durch jahrelangen Kleinkrieg mit linken Genossen im Verfassen offener Briefe geübt, Beistand vom Bundestag. Noch bevor das Schreiben die Adressaten im Parlament erreichte, stand die Kreutzer-Post in der rechten Presse — mit dem vom Autor gewünschten Erfolg.

Vier Wochen vor dem Treffen des Bundeskanzlers mit SED-Chef Erich Honecker kommt den Bonner Deutschlandpolitikern die Affäre ungelogen. Denn der Opposition lieferte Kreutzer einen willkommenen Vorwand, den Sozialdemokraten wieder einmal allzu große Rücksichtnahme auf ostdeutsche Empfindlichkeiten nachzusagen.

„Das war ein gezielter Anschlag, der Zeitpunkt ist geschickt gewählt“, erboste sich ein Franke-Berater. Und der Minister selbst, auf Urlaub daheim in Hannover, schimpfte: „Ungeheuerlich, daß der Mann in dieser Weise vorgeht.“

Doch ganz so überraschend, wie Franke tat, kam die Attacke nicht. Von



Sozialdemokrat Kreutzer: So weit rechts, wie man gar nicht gucken kann

ihrem Kreutzer sind die Sozialdemokraten allerhand gewohnt — verwunderlich nur, daß der unbotmäßige Beamte nicht längst gefeuert worden ist.

1967 hatte Herbert Wehner, Gesamtdeutscher Minister in der Großen Koalition, den Genossen, damals Sozialstadtrat in Berlin-Tempelhof, als Abteilungsleiter für Politik und Öffentlichkeitsarbeit nach Bonn geholt.

Eine krasse Fehlbesetzung, wie sich rasch herausstellte. Denn Kreutzer, zusammen mit seinem Vater und seiner späteren Frau wegen sozialdemokratischer Widerstandsaktivitäten jahrelang in ostdeutschen Zuchthäusern inhaftiert, konnte sein persönliches DDR-Trauma nie überwinden. Statt die SPD-Politik einer vorsichtigen Öffnung nach Osten mitzutragen, bekämpfte er alles, was er als prokommunistisch verdächtigte.

Kreutzer war dabei, als rechte Berliner Genossen sich im Kurt-Schumacher-Kreis organisierten, und machte

mit beim „Arbeitskreis 1951“, dem die Handhabung des Radikalenerlasses nicht scharf genug war. Aus der ÖTV trat er nach 29 Jahren mit der Begründung aus, Klunckers Vorstand sei der „dümmste“ in der mehr als 100jährigen Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Der Berliner SPD-Bundestagsabgeordnete Waldemar Schulze über Kreutzer: „Der steht so weit rechts, so weit kann man gar nicht gucken.“

1976, wenige Tage nach der Bundestagswahl, gerieten Kreutzers Quereilen zum Politikum: Der Ministerialdirektor empörte sich darüber, daß der damalige Ständige Vertreter der DDR, Michael Kohl, auf der Wahlparty der SPD mitgefeiert hatte. Denn Kohl ha-

Franke gelobte, Kreutzers Dienststelle in der Bundesallee 216 nicht zu betreten, „solange der dort sitzt“. Der Minister über das Verhältnis zu seinem Abteilungsleiter: „Eine wenig erfreuliche Zusammenarbeit, mehr oder weniger gar keine.“

Im März 1979 schlug Kreutzer wieder zu. Im ultrarechten „Deutschland-Magazin“ behauptete er, in der SPD gebe es eine „Fünfte Kolonne“ der SED: „Ich halte sie für viel gefährlicher als die etwa 4000 Spione in der Bundesrepublik Deutschland.“

Die unsinnige Beschuldigung trug dem Beamten ein Disziplinarverfahren ein. Linke SPD-Abgeordnete wie Egon Lutz, Rudolf Schöfberger und Karl-Heinz Hansen, von Kreutzer später als Beispiele für „Einflußagenten“ genannt, legten Dienstaufsichtsbeschwerden ein.

Ein Parteiausschluß-Verfahren endete zwar unerwartet glimpflich mit einer bloßen Rüge. Man wolle, so die interne Begründung, „keinen Märtyrer“ schaffen.

Doch Kreutzer wußte, daß er um eine Disziplinarstrafe nicht mehr herumkommen würde. Vergangene Woche trat er die Flucht nach vorn an und mobilisierte die Opposition.

Ein Schachzug, der die Genossen noch in arge Verlegenheit bringen könnte. Denn je entschiedener die Union Kreutzer die Stange hält, um so schwerer wird es Bundespräsident Karl Carstens fallen, dem zu erwartenden Antrag Frankes stattzugeben und den 56jährigen in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen — zumal Franke sich schon einmal eine Abfuhr holte: Kurz vor Ende seiner Amtszeit hatte sich Carstens-Vorgänger Walter Scheel geweigert, Kreutzer vorzeitig in Pension zu schicken.

MANNESMANN

Vorher durchgespielt

Im Mitbestimmungsstreit bei Mannesmann legte die IG Metall ein Modell vor, das in ähnlicher Form schon bei anderen deutschen Großunternehmen verwirklicht ist.

Die sechs Gewerkschafter hatten sich auf eine lange Sitzung eingerichtet. Doch schon nach wenigen Minuten verblüffte Mannesmann-Chef Egon Overbeck seine Gäste mit dem Vorschlag, „die Verhandlungen sofort zu vertagen“.

Die zur zweiten Runde bei Mannesmann am vorigen Mittwoch versammelten IG-Metaller reagierten sauer: „Das machen wir nicht mit“, grollte Gewerkschaftsvorstand Rudolf Judith, und er drohte: „Wir werden Sie öffentlich der Lüge bezichtigen.“ Mit dem